

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich

Sitzungstermin: Montag, 25.06.2007

Raum: Ratssaal des Rathauses

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 19:24 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Rainer Zörgiebel UWG

ordentliche Mitglieder

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Alfons Langfermann CDU

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr Walter Backhaus CDU

Herr Jürgen Haake FDP

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Werner Skirde SPD

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dieter Decker bis 18:41 Uhr

Herr Günther Henkel

Herr Hans-Hermann Ammermann

Herr Fritz Sundermann

Herr Arnd Witte

Herr Guido Zech

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Herr 2. stv. BM Egon Düser UWG

Frau Gudrun Oltmanns B90/Grüne

Frau Andrea Busse vom Planungsbüro Diekmann und Mosebach

Herr Bernd Diekmann vom Planungsbüro Diekmann und Mosebach

Herr Oliver Ohlenbusch von der Planungsgruppe omp

Herr Manfred Schultz von Glahn vom Institut itap

Herr Sven Martens von der Planungsgruppe omp

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

Herr Wolfgang Müller von der Nordwest-Zeitung Rastede

sowie 18 weitere Zuhörer

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.05.2007
- 4 35. Flächennutzungsplanänderung - Ortsumgehung Loyerberg (B211)
Vorlage: 2007/119
- 5 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 83a - Beachclub Nethen
Vorlage: 2007/075
- 6 Sanierung / Neubau Turnhalle Felbreite
Vorlage: 2007/125
- 7 Kostenermittlung für ein Steildach im Musik-/Hauswirtschaftstrakt der KGS; Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 2007/100
- 8 Einrichtung eine Tempo 30-Zone in der Straße Lange Reihe in Nethen; Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2007/095
- 9 Verkehrsberuhigter Ausbau der Danziger Straße (Teilstück); Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2007/098
- 10 Stromkauf für die Jahre 2008/09; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2007/116
- 11 Umbau des Pendlerparkplatzes im Gewerbegebiet Schafjückenweg
Vorlage: 2007/118
- 12 Ausbau der Hesterstraße (alter Teil bis zur Schulstraße)
Vorlage: 2007/117
- 13 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 16:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.05.2007

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.05.2007 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

35. Flächennutzungsplanänderung - Ortsumgehung Loyerberg (B211)

Vorlage: 2007/119

Sitzungsverlauf:

Herr Ammermann erklärt, dass nunmehr die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange erfolgt, sodass im Herbst die Flächennutzungsplanänderung abgeschlossen werden kann. Im Anschluss könnte dann seitens der Straßenverkehrsbehörde das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden.

Frau Busse und Herr Diekmann vom Planungsbüro Diekmann und Mosebach stellen anschließend die in der Anlage 1 zur Vorlage dargestellten wesentlichen Stellungnahmen und Abwägungsvorschläge vor.

Auf Anfrage von Herrn Langhorst stellt Herr Diekmann heraus, dass eine umfassende Überprüfung der Flora und Fauna für die Flächennutzungsplanänderung notwendig ist. Diese Untersuchungen sind bereits erfolgt und in die Planung mit eingeflossen.

Frau Lamers betont, dass mit der Realisierung der Ortsumgehung ein deutliche Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in Loy einhergeht. Sie bittet darum, dass vor der konkreten Planung eine Bürgerversammlung durchgeführt wird.

Bürgermeister Decker legt dar, dass im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zunächst zwei Trassenvarianten dargestellt werden müssen. Sobald nähere Erkenntnisse vorliegen, erfolgt selbstverständlich eine umfassende Bürgerinformation.

Auf Nachfrage von Herrn Kramer gibt Herr Diekmann zu verstehen, dass es aufgrund neuer Richtlinien zu keinen Verzögerungen bei der weiteren Planung kommen wird.

Beschlussempfehlung:

1. Die 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ortsumgehung Loyerberg (B211) nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 Bau GB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 25.06.2007 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf der 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ortsumgehung Loyerberg (B211) nebst Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 3 Abs.2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 5

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 83a - Beachclub Nethen
Vorlage: 2007/075

Sitzungsverlauf:

Frau Busse und Herr Diekmann von der Planungsgruppe Diekmann und Mosebach stellen anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, die wesentlichen Anregungen vor, die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangen sind, und erläutern die Abwägungsvorschläge.

Herr Schultz von Glahn vom Institut itap stellt im Anschluss das schalltechnische Gutachten vor und erläutert, dass alle geplanten Anlagen bei den schalltechnischen Untersuchungen berücksichtigt wurden. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die TA-Lärm voll und ganz eingehalten wird und im regulären Betrieb keinerlei Konflikte zu erwarten sind. Darüber hinaus werden bei den vorgesehenen Musikveranstaltungen auch die Richtwerte für „seltene Ereignisse“ eingehalten. Allein bei der An- und Abfahrt in den Nachtstunden kann es zu Überschreitungen von 3 dB kommen, sodass ein Streckenabschnitt (Höhe Hirtenweg 103) mit sogenannten Flüsterasphalt versehen wird, der die Rollgeräusche um bis zu 5 dB minimiert.

Herr Krause begrüßt grundsätzlich die Aktivitäten und die vorgelegten Pläne des Beachclubs, gibt aber zu verstehen, dass eine weitere Erweiterung der Anlage nicht die Zustimmung der SPD-Fraktion finden wird, da auch die Rechte der Anlieger berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus ist Installation eines Stegs nicht unbedingt erforderlich und zugleich für Kleinkinder auch gefährlich.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Kramer legt Bürgermeister Decker dar, dass der Wandererparkplatz Bestandteil des Bebauungsplans ist und von der Gemeinde Rastede an den Beachclub weiter verpachtet wird.

Herr Langhorst betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Bebauungsplan nicht zustimmen wird, weil entgegen der ursprünglichen Planung weit mehr als eine Beordnung der Verhältnisse stattfindet. Nicht akzeptabel sind beispielsweise die vorgesehenen weiteren gastronomischen Einrichtungen, die Freiluftfeten sowie die zusätzliche Beschallung. Im Übrigen wird der Eindruck erweckt, dass Verwaltung und Planer alles daran setzen, um das Anliegen der Investoren durchzusetzen.

Bürgermeister Decker erwidert, dass die Verwaltung aufzeigt, welche Maßnahmen rechtlich möglich sind. Dabei werden keineswegs die Rechte der Anwohner beschnitten, sondern wie bei anderen Bauleitverfahren auch, das ganz gesamte Umfeld betrachtet.

Herr Henkel ergänzt, dass im Rahmen der schalltechnischen Untersuchungen mehr Flächen mit aufgenommen wurden, als eigentlich erforderlich, um die Rechte der Anlieger zu schützen.

Herr Kramer erkundigt sich, an welchen Standorten die Kompensation vorgenommen wird.

Herr Zech legt dar, dass derzeit vom Betreiber des Beachclubs noch geeignete Flächen gesucht werden. Bis zum Beschluss im Verwaltungsausschuss sind entsprechende Flächen zu benennen.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Krause und Herrn Kramer legt Frau Busse dar, dass der Verlauf des Stegs bis zum Beschluss im Verwaltungsausschuss in den textlichen Festlegungen noch exakt festgeschrieben werden muss.

Bürgermeister Decker ergänzt, dass gewährleistet sein muss, dass der Steg zum Schutz der Kinder nicht im Flachwasserbereich beginnt.

Auf Anfrage von Herrn Zörgiebel erklärt Herr Zech, dass die Einhaltung der Lärmschutzwerte nicht im Bebauungsplan geregelt, sondern vom Immissionsschutzbeauftragten des Landkreises Ammerland überwacht wird. Herr Schulz von Glahn bemerkt, dass derartige Messungen durch ein sogenanntes schalltechnisches Monitoring erfolgen.

Herr Langfermann und Herr Backhaus bemerken, dass rund um das Seengebiet heute sehr ordentliche Verhältnisse herrschen und das Gelände durch die Betreiber des Beachclubs deutlich aufgewertet wurde. Seitens der Politik muss im Gegenzug dem Betreiber allerdings auch ein wirtschaftlicher Betrieb ermöglicht werden.

Auf Nachfrage von Herrn Skirde betont Bürgermeister Decker, dass in den Gesprächen mit den Investoren deutlich geworden ist, dass eine weitere Erweiterung der Anlage nicht angedacht ist.

Beschlussempfehlung:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 83a – Beachclub Nethen nebst Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 25.06.2007 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf des Bebauungsplanes 83a – Beachclub Nethen nebst Umweltbericht und Begründung wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Sanierung / Neubau Turnhalle Feldbreite
Vorlage: 2007/125

Sitzungsverlauf:

Herr Ohlenbusch und Herr Martens von der Planungsgruppe omp stellen anhand einer umfangreichen Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist, die unterschiedlichen Varianten vor.

Auf Nachfrage von Herrn Zörgiebel erläutert Herr Ohlenbusch, dass vorgesehen ist, die Fenster mit Sonnenschutz zu versehen.

Herr Krause spricht sich deutlich für die Variante 2 aus, die im Hinblick auf die Architektur, die Anbindung an die Großraumhalle und die nach oben hin bis in den Giebel hinein geöffnete Halle überzeugt.

Auf Anfrage von Herrn Kramer im Hinblick auf das geplante Mehrzweckgebäude des VfL Rastede legt Bürgermeister Decker dar, dass die Halle Bestandteil des Ganztagschulkonzepts ist. Eine überwiegende oder sogar ständige Nutzung durch den VfL Rastede ist daher nicht möglich. Im Übrigen verfolgt der VfL Rastede bei seinem eigenen Projekt eine vollständig andere Konzeption (Bürotrakt und kleine Gymnastikhalle).

Herr Langhorst, Herr Backhaus und Herr Kramer schließen sich den Ausführungen von Herrn Krause an und sprechen sich für die Variante A2 aus.

Herr Zörgiebel erkundigt sich, inwieweit sich die Varianten A1 und A2 bei den Energiekosten unterscheiden.

Herr Ohlenbusch führt aus, dass aufgrund des größeren Raumvolumens bei ähnlichen Projekten keine nennenswerten Unterschiede bei den Energiekosten aufgetreten sind. Eine exakte Überprüfung ist allerdings noch vorzunehmen.

Beschlussempfehlung:

Die Variante A2 ist weiter zu untersuchen und hierfür die weitergehende Planung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 7

Kostenermittlung für ein Steildach im Musik-/Hauswirtschaftstrakt der KGS; Antrag der SPD-Fraktion

Vorlage: 2007/100

Sitzungsverlauf:

Herr Ammermann stellt zunächst einige Dachkonstruktionsvarianten für den musisch-technischen Bereich der KGS Rastede vor und betont, dass es aufgrund der Belichtungs- und Belüftungsproblematik und der fehlenden Räumlichkeiten keinen Ansatz gibt, ein Steildach wirtschaftlich darzustellen.

Herr Krause legt dar, dass die KGS Rastede nach Auskunft der Schulleitung über die komfortable Situation verfügt, auf Räumlichkeiten im musisch-technischen Bereich verzichten zu können. Vor diesem Hintergrund ist es an der Zeit, nunmehr einen Fachplaner zu engagieren, um für die soeben skizzierten Probleme bezüglich der Belichtungs- und Belüftungstechnik sowie für die Dachkonstruktion Lösungsansätze aufzeigen zu können.

Bürgermeister Decker entgegnet, dass die soeben zur Ganztagschule erweiterte KGS bislang stets einen zusätzlichen Raumbedarf geltend gemacht hat, sodass nach Erkenntnissen der Verwaltung keine Räumlichkeiten für Innenhöfe zur Verfügung stehen.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst legt Herr Ammermann dar, dass vorgesehen ist, die Betondecke mit einer unterschiedlich hohen Dämmung zu versehen. Das Dach erhält somit ein Gefälle, sodass größere Mengen an Wasser grundsätzlich nicht mehr auf dem Dach stehen bleiben können. Die Belichtungs- und Belüftungstechnik bleibt von dieser Maßnahme unberührt.

Herr Langhorst weist darauf hin, dass vor dem Hintergrund neuer pädagogischer Konzepte nicht zu erwarten ist, dass die KGS Rastede trotz sinkender Schülerzahlen auf Räumlichkeiten verzichten kann.

Herr Röben ergänzt, dass es aus architektonischer Sicht nicht möglich ist, einfach Räume rauszuschneiden. Die von Herrn Ammermann vorgestellte Gefälledämmung ist als neuester Stand der Technik anzusehen und aus energetischer Sicht zu befürworten.

Herr Kramer macht deutlich, dass es der SPD-Fraktion nur darum geht, einen vernünftigen Kostenvergleich vorgelegt zu bekommen, um langfristig mit der Dachsanierung Geld einsparen zu können.

Herr Henkel weist ebenso wie Bürgermeister Decker daraufhin, dass nach bisherigen Erkenntnissen keine Räume im Gebäude der KGS überzählig sind. Bezüglich des Raumbedarfs wird die Verwaltung mit der Schulleitung ein klärendes Gespräch führen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Raumbedarf der KGS Rastede zu ermitteln.

Sollten künftig Räumlichkeiten im musisch-technischen Bereich nicht mehr benötigt werden, so sind im Rahmen einer Kostenvergleichsrechnung die verschiedenen Dachkonstruktionsvarianten zu untersuchen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Einrichtung eine Tempo 30-Zone in der Straße Lange Reihe in Nethen; Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2007/095

Sitzungsverlauf:

Herr Zörgiebel erläutert, dass aufgrund der weiteren Bebauung, der Kraftfahrzeugverkehr in der Straße „Lange Reihe“ deutlich zugenommen hat. Um insbesondere die schwächeren Verkehrsteilnehmer zu schützen, ist es ratsam, die Straße zur Tempo-30-Zone zu erklären.

Her Ammermann berichtet, dass es seitens der Anlieger Bestrebungen gibt, den Randbereich der Straße zu bepflanzen. Dieser Wunsch sollte bei der weiteren Beratung berücksichtigt werden.

Herr Backhaus bemerkt, dass die Thematik umfassender behandelt werden muss, wobei auch die Straßen „Mittelweg“ und „Hirtenweg“ mit einbezogen werden müssen.

Herr Langfermann spricht sich dafür aus, zunächst einen Ortstermin zu vereinbaren, bevor weiter über das Thema beraten wird.

Seitens der Ausschussmitglieder herrscht Einvernehmen darüber, die Beschlussvorlage aufgrund der fortgeschrittenen Zeit zunächst zurückzustellen und vor der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen einen Ortstermin zu vereinbaren.

Beschlussempfehlung:

Die Vorlage wird zur weiteren Beratung zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

Verkehrsberuhigter Ausbau der Danziger Straße (Teilstück); Antrag der UWG-Fraktion

Vorlage: 2007/098

Sitzungsverlauf:

Herr Zörgiebel erläutert, dass die Fraktion nach eingehender Beratung und mehreren Ortsterminen zu dem Schluss gekommen ist, für die Danziger Straße zwischen den Straßen „Voßbarg“ und „Am Kleinenfelde“ eine Tempo-30-Zone zu beantragen und auf die Herrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs zu verzichten.

Herr Backhaus unterstützt das Anliegen von Herrn Zörgiebel und ergänzt, dass die stark befahrene Danziger Straße in diesem Bereich ein Nadelöhr ist.

Herr Krause betont, dass die Danziger Straße eine Sammelstraße ist, die dafür ausgelegt ist, die Zu- und Abfahrt zu den Wohngebieten zu regeln. Im Übrigen ist aufgrund der vorgenommenen Geschwindigkeitsmessungen nicht zu erkennen, dass dort zu schnell gefahren wird.

Herr Kramer schließt sich den Ausführungen von Herrn Krause an und führt weiterhin aus, dass für die Einrichtung einer Tempo-30-Zone noch weitere bauliche Maßnahmen erforderlich sind, die dem Charakter einer Sammelstraße grundsätzlich widersprechen.

Herr Langhorst bemerkt, dass grundsätzlich ganze Baugebiete als Tempo-30-Zonen ausgewiesen werden können. Im Bereich der Danziger Straße zwischen den Straßen „Voßbarg“ und „Am Kleinenfelde“ sind insbesondere schwächere Verkehrsteilnehmer gefährdet, sodass die Einrichtung einer Tempo-30-Zone mit einem entsprechenden Verkehrszeichen durchaus sinnvoll sein kann. Letztendlich ist es Aufgabe des Landkreises zu entscheiden, ob die Tempo-30-Zone genehmigt wird. Allerdings ist aufgrund der vorliegenden Argumentation abzusehen beziehungsweise zu befürchten, dass dieses Vorhaben abgelehnt wird.

Herr Kramer legt dar, dass es prinzipiell unschädlich ist, ein entsprechendes Verkehrszeichen aufzustellen, sodass dem eingangs formulierten Antrag der UWG zugestimmt werden kann.

Beschlussempfehlung:

Für das Teilstück der Danziger Straße zwischen den Straßen „Voßbarg“ und „Am Kleinenfelde“ wird die Einrichtung einer Tempo-30-Zone beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 10

**Stromkauf für die Jahre 2008/09; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2007/116**

Sitzungsverlauf:

Herr Langhorst moniert, dass in der Beschlussvorlage keine Angaben über den tatsächlichen Stromverbrauch in der Gemeinde Rastede beziehungsweise über absolut zu zahlende Preise gemacht werden. Er stellt heraus, dass von den sechs Ammerland-Gemeinden und dem Landkreis elektrischer Strom für umgerechnet 2 Millionen Euro verbraucht wird, was bei Mehrkosten von 0,003 Euro pro Kilowattstunde NaturWatt-Strom eine Mehrbelastung von insgesamt 47.000 Euro für alle Kommunen im Ammerland bedeuten würde. Letztendlich könnte damit aber erreicht werden, dass landkreisweit insgesamt 530 Tonnen CO₂ eingespart werden, womit die Kommunen ihre Vorbildfunktion gestärkt hätten. Vor diesem Hintergrund sollten alle Fraktionen dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgen.

Her Ammermann zeigt auf, dass die Gemeinde Rastede aufgrund des Schulzentrums und der in Eigenregie betriebenen Kläranlage den höchsten Stromverbrauch aller Ammerland-Gemeinden hat. Absolute Zahlen hätten heute vorgelegt werden können, wenn ein entsprechender Hinweis im Vorfeld der Sitzung erfolgt wäre.

Herr Röben bemerkt, dass es wesentlich nachhaltiger ist, die Mehrkosten in Höhe von 11.000 Euro in konkrete Rasteder Projekte wie dem Bau einer Fotovoltaik-Anlage auf der Schule Feldbreite zu investieren, die bislang wirtschaftlich nicht darstellbar waren.

Herr Langhorst kritisiert, dass der Ankauf von Strom, ohne Beteiligung der politischen Gremien erfolgt ist. Mit dem eingereichten Antrag sollte erreicht werden, dass das Thema grundsätzlich noch einmal thematisiert wird.

Frau Sager-Gertje unterstützt das Anliegen von Herrn Langhorst und betont, dass der Ankauf von Strom keine Verwaltungsangelegenheit ist, sondern politisch beraten und entschieden werden muss. Grundsätzlich ist es aber sinnvoller, Finanzmittel für konkrete, vorbildhafte Projekt vor Ort einzusetzen.

Frau Lamers, Herr Zörgiebel und Herr Kramer schließen sich dem Vorschlag von Herrn Röben an und betonen, dass die jährliche Differenz zwischen „normalen“ Strom und NaturWatt-Strom für Rasteder Projekte eingesetzt werden sollte.

Herr Langhorst gibt zu verstehen, dass mit der Unterstützung von lokalen Projekten der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoß verringert werden muss.

Beschlussempfehlung:

Die Mehraufwendungen für den Ankauf von NaturWatt-Strom, mindestens jedoch 11.000 Euro pro Jahr, werden in den Jahren 2008 und 2009 in Rasteder Projekte mit dem konkreten Ziel der Vermeidung oder Senkung des Energieverbrauches beziehungsweise des CO₂-Ausstoßes eingesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 11

**Umbau des Pendlerparkplatzes im Gewerbegebiet Schafjückenweg
Vorlage: 2007/118**

Sitzungsverlauf:

Herr Backhaus legt dar, dass der Pendlerparkplatz im Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord bei der Zulieferung durch Lastkraftwagen vermehrt zu Problemen geführt hat, so dass der nun vorgeschlagene Umbau durchaus sinnvoll ist. In diesem Zusammenhang sollte auch überlegt werden, ob der Grünstreifen auf Höhe der Einfahrt zum Brötje-Parkplatz noch zweckmäßig ist.

Herr Ammermann bemerkt, dass die Straße im weiteren Verlauf großzügig ausgebaut ist und daher keine Notwendigkeit besteht, die Verkehrsinsel zu entfernen.

Herr Krause begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, macht aber darauf aufmerksam, dass die Pendlerparkplätze sehr gut ausgelastet sind. Er schlägt vor, die mit dem Umbau wegfallenden Parkplätze ortsnah, möglicherweise entlang der Tannenkrugstraße zu ersetzen.

Herr Langhorst, Herr Haake, Herr Langfermann, Herr Zörgiebel und Herr Kramer schließen sich dem Vorschlag an und betonen noch einmal, dass auch nach dem Umbau ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen müssen.

Beschlussempfehlung:

- Der Pendlerparkplatz im Gewerbegebiet Schafjückenweg wird entsprechend der Anlage 1 umgebaut.
- Die mit dem Umbau wegfallenden Parkplätze werden ortsnah ersetzt.
- Die notwendigen Haushaltsmittel sind im Haushalt 2008 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 12

Ausbau der Hesterstraße (alter Teil bis zur Schulstraße)
Vorlage: 2007/117

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Die Hesterstraße wird niveaugleich mit einer 5,50 m breiten Fahrbahn ausgebaut. Im Zuge des Ausbaues wird ein Regenwasserkanal verlegt.

Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, ob und in welcher Höhe für den Ausbau des Reststückes der Hesterstraße Straßenausbaubeiträge oder Erschließungsbeiträge fällig werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 13

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 19:24 Uhr.